

2014-05-19

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport am 27.03.2014

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr
Sitzungsende: Uhr
Sitzungsort: Raum 228, Rathaus Dessau

Es fehlten:

Sachkundiger Bürger

Schwierz, Iris Unentschuldigt

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Sanftenberg, Angela Unentschuldigt

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Dr. Tietz eröffnet die Sitzung, stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Hantusch hat aufgrund weiterer Termine am Nachmittag darum gebeten, seinen TOP vorzuziehen. Frau Dr. Tietz schlägt vor, den TOP 5.3., zu dem Herr Hantusch ausführen möchte, nach dem TOP 4.1. zu behandeln.

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 4 : 1 : 1

3 Genehmigung der Niederschrift vom 20.02.14

Der Niederschrift vom 20.02.14 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 5 : 0 : 1

4 Öffentliche Anfragen und Informationen

4.1 Informationen zum Haushaltsentwurf 2014 Vorberatung der Teilpläne 2 und 4 sowie des Finanzplans Investitionen

Frau **Wendeborn** stellt ihr Produkte vor und stellt fest, dass alle Aufwendungen und Erträge zur Erfüllung der Aufgaben enthalten sind. Im Speziellen nennt sie die weiterhin zur Verfügung stehenden **Freitische**, die Ausstattung der Schulen mit *Kopier-technik* erfolgte im Vorjahr, die weiterführenden Kosten sind in diesem Jahr eingestellt. Das Projekt der **Berufsfrühorientierung** kann mit der Sekundarschule an der Biethen realisiert werden. Für die Schule für geistig Behinderte gibt es ein neues Projekt **Wohnschule**. Hier erhalten Schüler einen praxisorientierten Unterricht, um eigenständig ihren Alltag bewältigen zu können. Bei den **Berufsbildenden Schulen** wird in diesem Jahr die Schulentwicklungsplanung erarbeitet mit dem Ziel, diese bis Ende dieses Jahres/Anfang 2015 den Stadträten vorzulegen. Die **Volkshochschule** mit der Aktion Mehrgenerationenhäuser, die 2014 ausläuft, das Projekt Klub Inn der Frauen, das Projekt Kultur macht stark, den Talentcampus. Weiterhin wird die **Lernförderung** im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepaketes durchgeführt. Neu ist das Programm Alphabetisierung. Für die **Musikschule** erfolgt derzeit die Rezertifizierung als staatlich anerkannte Musikschule. Bei den *sonstigen* schulischen Aufgaben ist die Schülerbeförderung, Aufgaben nach dem BAföG und die Stadtmedienstelle enthalten. Ergänzt wird dies um das IT- und Multimediazentrum. Es werden über 1.000 PCs über das Amt in den Einrichtungen verwaltet. Über das Programm Stark III kann wieder im investiven Bereich Technik erneuert, erweitert und ergänzt werden. Die **investiven** Maßnahmen für die Gebäude sind jetzt beim Zentralen Gebäudemanagement aufgeführt, stellen aber dennoch bis Dezember 2014 große Schnittmengen mit dem Schulverwaltungsamt dar. Im Weiteren werden die Unterhaltungskosten und investiven Maßnahmen der einzelnen Einrichtungen benannt. Hinweisen möchte Frau Wendeborn auf die Mehrkosten/Fehlbedarf bei der GS Ziebigk. Die **Brandschutzauflagen** in Höhe von 150 TEUR können nicht bis zum Ablauf des Förderprogrammes Stark III erfüllt werden. Sie bemüht sich über einen Änderungsantrag, die Förderung zu erhalten. Bei einer Förderung müssen dennoch 30 % Eigenmittel, also 45 TEUR gegenfinanziert werden. Bei der Friederiken-Schule zeichnet sich ebenfalls ein Fehlbedarf ab, der noch nicht schriftlich vorliegt.

Herr **Tonndorf** möchte wissen, ob im Haushalt unvorhergesehene Dinge, wie beim Hort Waldwichtel entstanden, berücksichtigt wurden. Frau **Wendeborn** antwortet, dass ihr Amt nicht der Träger für die Horte (Dekita) ist, aber auch hier eine Lösung angestrebt wird, da bspw. eine Doppelnutzung des Mobiliars erfolgt. Für solche Fälle sind Mittel vorgesehen.

Frau **Dammann** informiert, dass eine Schülerin aus Kochstedt öfters nicht mit dem Bus befördert wird, wenn dieser voll ist. Sie hat die Schülerin gebeten, die betreffenden Tage zu notieren. Frau **Wendeborn** wird die Angaben prüfen, da jeder Schüler zur rechten Zeit an der Schule sein muss.

Herr **Otto** hinterfragt, ob die Brandschutzmaßnahmen in diesem HH eingearbeitet sind. Frau **Wendeborn** hat die Anmeldungen im Februar nach den letzten Beratungen mit der Feuerwehr vorgenommen, weshalb sie noch nicht im 1. Entwurf des HH enthalten sind.

Herr **Hartmann** möchte wissen, ob das Projekt „Lernen vor Ort“ nach dem 31.08.2014 fortgeführt wird. Frau **Wendeborn** antwortet, dass es keine direkte Fortführung geben wird. Künftig gibt es eine Transferagentur, die nicht für die Städte angedacht ist. Die erarbeiteten Produkte sollen in andere Kommunen transpariert werden. Herr Dr. Raschpichler kann in einer der nächsten Sitzungen zum Abschluss des Projekts berichten. Ab September gibt es für dieses Projekt kein Geld mehr im HH.

Frau Dr. **Tietz** hinterfragt den Umgang mit erhöhten Kopierkosten an den Schulen. Weiterhin interessiert sie, ob alle Räume minütlich verdunkelbar sein müssen. Frau **Wendeborn** geht auf die Kopierkosten ein und nennt die Investition in die Technik seitens der Stadt. Jede Schule hat eine HH-Stelle für Kopierleistungen, die Anzahl der Kopien steigen. Alles, was für den Unterricht notwendig ist, wird über die Stadt finanziert und abgerechnet. Alles darüber Hinausgehende müssen die Schule bzw. die Eltern finanzieren. In der Gesamtkonferenz werden solche Entscheidungen getroffen. Die Ergebnisse liegen ihrem Amt nicht vor. Zur Verdunklung stellt sie fest, dass in vielen Räumen Verschattungen angebracht sind, die die Verdunklung weitestgehend ersetzen und bei Bedarf/Verschleiß auch erneuert werden können.

Frau **Sanftenberg**, Herr **Mau** und Frau **Stöbe** erscheinen um 17:10 Uhr zur Sitzung. Herr **Hirsch** stellt für die Entwicklung des Sports in Dessau-Roßlau eine positive Tendenz fest. In 116 Vereinen sind 16.000 Sportler aktiv. Die **Produkte** im HH sind **unverändert**. In den letzten Jahren wurden 15 Sporteinrichtungen „vom Markt genommen“. Trotzdem gibt es mehr Aktive, da älter werdende Sport treiben. Es findet dennoch eine Herabsetzung des pro-Kopf-Zuschusses für Sport statt. Durch Eigeninitiative und Ehrenamt wird vieles kompensiert. Für die Sporteinrichtungen existenziell sind die 50 % **Betriebskostenzuschüsse**, die im HH eingestellt sind. Die Vereine beschäftigen eigenes Platzpersonal über geringfügige Beschäftigung, um die Sportstätten zu erhalten. Größeres Augenmerk liegt jetzt auf dem **Kinder- und Jugendsport** im HH. Hier wird neben der Pauschale, die Projektförderung berücksichtigt. Ein wichtiger Faktor sind die **Sportveranstaltungen** gerade als Image-Gewinn für unsere Stadt mit vielen Synergieeffekten. Geplante Sanierungsmaßnahmen konnten auf Grund der derzeitigen finanziellen Möglichkeiten nicht eingestellt werden, so dass die Sanierungen in den Folgejahren evtl. erfolgen können. Dazu gehören der ESV Lok Roßlau, Germania 08 Roßlau sowie TUS Kochstedt. Der **Sanierungsbedarf** für 2014 liegt bei 1,126 Mio. EUR. Der städtische Anteil von 82 TEUR kann in diesem Jahr nicht erbracht werden, was aber die Vereine nicht existenziell bedroht. Bei den **Bädern** kann er konstante Zahlen bestätigen.

Herr **Mau** möchte wissen, ob die Zuschüsse an die Sportvereine um 65 TEUR gekürzt wird. Frau **Nußbeck** entgegnet, dass die Darstellung täuscht, der Betrag geteilt und sogar um 10 TEUR erhöht wurde.

Herr **Kuras** führt aus, dass der Kulturhaushalt stark von der HH-Konsolidierung geprägt ist. Er möchte vor allem auf Veränderungen bei den Produkten eingehen. Beim **Naturkundemuseum** findet die Konservatorische Arbeit auf sehr niedrigem finanziellem Niveau statt. Die Erneuerung der Brandmeldeanlage wird in diesem Jahr umgesetzt. Das Ausstellungsbudget reicht nicht für eigene Ausstellungen, sondern muss mit Kooperationspartnern umgesetzt werden. Rückläufige Besucherzahlen sind der nicht mehr stattfindenden Sonderausstellungen und einem Minimum an Museumspädagogischer Arbeit geschuldet. Im Museum für **Stadtgeschichte** sind 3 Mitarbeiter im aktiven Dienst. In beiden Museen gibt es Defizite zum Stand der Inventarisierung. In der Anhaltischen **Gemäldegalerie** ist der Stellenbestand auf niedrigem Niveau, da das Gebäude aufgrund der Baumaßnahme geschlossen ist. Die für dieses Jahr zur Verfügung stehenden Mittel werden verbaut und die Baustelle beendet. Es wird versucht, neue Fördermittel zu akquirieren. 2 **Ausstellungsvorhaben** sind geplant, Casa di Goethe in Rom und Dessau sowie Sammlerglück/2. Teil. Das Produkt **Meisterhäuser** ist auf „0 gesetzt“ und findet sich im Produkt Meisterhäuser/Bauhaus als Vollzug der Übertragung und Zuschuss in Höhe von 200 TEUR wieder. Eine Korrektur des ordentlichen Zuschusses muss bei der Kämmerei noch angemeldet werden. Dieser beträgt 5 % des Kapitels 1 des Stiftungshaushalts. Dieser wurde erhöht, wodurch sich der Anteil für alle erhöht und für die Stadt ca. 10 TEUR entspricht. Die Kosten für die **Eröffnung** der **Meisterhäuser** und feierlichen Übergabe an die Stiftung Bauhaus in Höhe von 30 TEUR sind hinzugekommen. Für die Bauleitplanung **Museumsneubau** nennt er den Betrag von 100 TEUR, die beim Stadtplanungsamt abgebildet sind. Beim **Stadtarchiv** gibt es in 2013 einen Rückgang der Besucherzahlen, insbesondere bei Schülern. Beim **Tierpark** weist er darauf hin, dass im Jahr 2015 das Säugetiergutachten als Gesetz zur Mindestanforderung an die Tierhaltung verabschiedet wird. Die Umsetzung entsprechender Gehegegrößen und Ausstattungen sowie Betreuungszeiten durch die Tierpfleger werden sich im HH widerspiegeln. Mit dem Städte- und Gemeindebund gibt es Gespräche, was dies im Einzelnen bedeutet und welche Übergangsregelungen getroffen werden. Im **investiven** Bereich ist der Maßnahmebeschluss Burg Roßlau in der Umsetzung.

Herr **Puttkammer** möchte wissen, ob bei den Museen zur Bewertung in der Doppik der Beschaffungswert herangezogen und der Ist-Wert geschätzt wird, oder ein möglicher Verkaufswert zugrunde gelegt wird. Frau **Wirth** erklärt, dass die Einrichtungen die Bewertungen anhand von Versicherungswerten und Wertgutachten selbst vorgenommen haben. Die Bewertung war nötig, weil dies eine wesentliche Bilanzposition im 3-stelligen Millionenbereich darstellt. Frau **Nußbeck** ergänzt, dass auch in der wissenschaftlichen Bibliothek Werte untergebracht sind und zur Bewertung professionelle Unterstützung nötig ist. Zu unterscheiden sind Kunstgüter, historische Güter oder Gebrauchsgüter. Herr **Kuras** erklärt, dass sich diese Werte auch ändern können und beschreibt anhand eines Exponates, das im Wert steigt, je seltener es vorkommt. Herr **Puttkammer** fragt, ob Kunst ein veräußerbarer Wert ist. Wenn dies nicht zur Debatte steht, könnte sie dementsprechend hoch oder niedrig (Versicherung) bewertet werden. Frau **Wirth** entgegnet anhand des Bsp. einer Straße, dass diese zwar bewertet, aber auch nicht zum Verkauf steht. Die Bewertung von Kunstgegenständen stellt Eigenkapital dar. Nach Eröffnung der Gesamtbilanz ist nach den Vorschriften der Kreditvergabe entscheidend, wie hoch das Eigenkapital ist. Frau

Nußbeck ergänzt, dass die Bewertungsspielräume nicht willkürlich variiert werden können.

Herr **Hartmann** hinterfragt die jährlich zu vergebenden Zuschüsse an die Vereine und Zuschüsse für die Veranstaltungen. Herr **Kuras** bestätigt, dass die Beträge analog der Vorjahre entsprechend der Haushaltskonsolidierung eingeplant sind.

Herr **Otto** möchte nochmals auf die Ausstellungen zu Erdmannsdorff und Cranach eingehen und möchte wissen, wie damit umgegangen wird. Frau **Nußbeck** antwortet, dass die Botschaft des Finanzausschusses dazu vorliegt. Solange die Theaterfrage nicht geklärt ist, wird keine zusätzliche freiwillige Kulturaufgabe in den HH aufgenommen. Derzeit laufen noch Verhandlungen mit dem Land, das ebenso an der Cranach-Ausstellung interessiert ist. Es wäre das falsche Signal, jetzt weitere freiwillige Aufgaben im HH-Entwurf darzustellen. Des Weiteren ist noch nicht abzusehen, welche Mehrbelastungen aus dem Theatervertrag auf die Stadt zukommen, wenn das Land sich nicht zu dem eingereichten Konzept bekennt. Herrn **Otto** fehlen die Aussagen zu Erdmannsdorff. Dazu ergänzt Herr **Kuras**, dass die Kosten im HH eingestellt sind, er aber um die zügige Freigabe bittet, da die notwendigen Ausgaben in Höhe von 5 TEUR jetzt getätigt werden müssen. Die Gesamtkosten belaufen sich auf 31,5 TEUR, dafür sind 5,8 TEUR an Eigenmitteln geplant. Frau **Nußbeck** verweist nochmals auf die Spielregeln in der satzungslosen Zeit, in der nur gesetzliche bzw. vertragliche Verbindlichkeiten erfüllt werden dürfen.

Herr **Hartmann** möchte gern für das Cranach-Projekt einen „Platzhalter“ schaffen. Frau **Nußbeck** kennt diesen Begriff aus dem Bauausschuss, ist aber eher für klare Bekenntnisse für ein Projekt, mit der Konsequenz, dafür etwas anderes im HH zu streichen.

Frau **Nußbeck** beschreibt abschließend die Terminkette zur Beschlussfassung des Haushalts und weist darauf hin, dass die Stadträte an jedem der Ausschüsse teilnehmen können:

- 25.03. Bauausschuss
- 26.03. Haushalts- und Finanzausschuss
- 27.03. Kulturausschuss
- 01.04. Wirtschaftsausschuss
- 03.04. Jugendhilfeausschuss
- 08.04. Sozialausschuss
- 09.04. Haushalts- und Finanzausschuss
- 23.04. Haushalts- und Finanzausschuss abschließend
- 29.04. Stadtrat Beschluss des Haushalts

4.2 Sachstandsinformation zur möglichen Beteiligung der Stadt Dessau-Roßlau an der Landesausstellung - Lucas Cranach der Jüngere 2015 - Vorlage: IV/012/2014/I-41

Herr **Kuras** weist eingangs darauf hin, dass die Ausstellung nicht im Haushalt enthalten ist. Das Land stellt eine Förderung in Aussicht, wartet aber auf das Bekenntnis der Stadt zu den erforderlichen Eigenmitteln. Es besteht jetzt ein zeitliches Problem, da mit den Arbeiten begonnen werden muss.

Herr **Mau** verlässt um 19:00 Uhr die Sitzung.

Herr **Hartmann** hält diese Ausstellung für außerordentlich wichtig, in Bezug auf den wirtschaftlichen Hintergrund. Es fanden schon 2 Tagungen zum Thema Cranach in unserer Region statt. Im nächsten Jahr folgen 2 weitere Tagungen. Er selbst ist dabei eine Restauratoren-Tagung vorzubereiten, zu der sich der Restauratoren-Verband deutschlandweit hier aufhalten wird. Für ihn ist die Finanzierung der Ausstellung eine gezielte Investition für die Wirtschaft und den Tourismus.

Frau **Nußbeck** sieht keinen Spielraum. Im Moment werden mit den Stadträten das Theaterkonzept und dessen Auswirkungen beraten. Sie ist am 31.03.14 beim Land und wird hoffentlich ein erstes Ergebnis in den Theaterausschuss mitbringen. Es muss dem Land gegenüber deutlich gemacht werden, dass die Stadt keine Spielräume mehr hat, wenn die Theaterfinanzierung nicht entsprechend beschlossen wird.

Herr **Koschig** ergänzt, dass ohne den Beitrag der Stadt Dessau-Roßlau zur Landesausstellung, diese nur halb so viel wert ist. Unser wertvoller Bestand gehört in die Landesausstellung hinein. Er ist enttäuscht vom Land, dass es kein Signal der Handreichung gibt. Dies betrifft vor allem das Kultusministerium, dem ein vom Theater erstelltes und vom Stadtrat bestätigtes Modell zur Finanzierung vorliegt. Wir haben erheblichen Zeitdruck zur Vorbereitung der Ausstellung und müssen jetzt ein Zeichen setzen.

Herr **Otto** hält den ständigen Druck auf die Landesregierung für ursächlich, dass sich nichts mehr bewegt. Ihm ist die Cranach-Ausstellung mehr wert als die „Pokerspiele“ mit dem Land. Er stellt den Antrag, das Geld in den Haushalt aufzunehmen und auch notfalls als Defizit ausgewiesen wird.

Frau Dr. **Tietz** zieht in Erwägung, dass Herr Hartmann sich in fachkompetenter Weise schriftlich an die Landesregierung wenden könnte.

Herr **Kuras** erklärt, dass er mit Frau Ponikelsky und Herrn Dr. Michels beim Land war. Dort wurde die Aussage getroffen, dass Fördermittel für Dessau-Roßlau geparkt sind, aber auf eine Entscheidung der Stadt gewartet wird. Die Fördermittel sind noch nicht in voller Höhe geparkt.

Frau **Nußbeck** gibt zu bedenken, dass bei Einreichung eines unausgeglichene Haushalts eine Genehmigung mit Auflagen erteilt wird.

Frau **Stöbe** möchte wissen, ob auch über die Finanzierung 2015, wie im Konzept enthalten, beschlossen wird. Frau **Nußbeck** antwortet, dass mit dem Bekenntnis zur Ausstellung über die komplette Summe von 100 TEUR gesprochen wird.

Herr **Otto** stellt den Antrag, dass der Kulturausschuss empfiehlt, 31 TEUR für 2014 in den Haushalt einzustellen. Frau **Nußbeck** empfiehlt, das gesamte Projekt in den Haushalt aufzunehmen.

Frau **Dammann** ist ebenfalls dafür, das Projekt umzusetzen und dem Land gegenüber nicht „klein bei zu geben“.

Beschlussvorschlag:

Die Beteiligung der Stadt Dessau-Roßlau an der Landesausstellung - Lucas Cranach der Jüngere im Jahr 2015 – wird als Projekt in den Haushalt aufgenommen.

Abstimmungsergebnis: 6 : 1 : 0

4.3 Informationen über mögliche herausgehobene Ausstellungsprojekte für die Jahre 2014-2019

Nachfolgende Auflistung wurde in der Sitzung ausgereicht:

Museum für Naturkunde und Vorgeschichte

Jahr	Thema	Kurzbeschreibung	Haushalt (städtischer Anteil)
2014	„Charles Darwin – Artenvielfalt durch Evolution“ 30.09.2014 – 13.04.2015	Die in den Teilen konzipierte Ausstellung befasst sich mit folgenden Schwerpunkten: 1. Darwin als Botaniker (Wech-selausstellung Bundesverband Deutsche Botanische Gärten) 2. Darwin als Paläontologe Ausstellung geliehen aus dem Goldfußmuseum Bonn u.a. mit Skelett eines Riesenfaultiers aus Südamerika 3. Lebende Fossilien aus eigenen Beständen des Museums 4. spezialisierte Tiergruppen am Beispiel des Echoortungssystems der Fledermäuse aus eigenen Beständen des Museums Die Ausstellung ist abgestimmt mit den Lehrplänen der 10. Klasse für Biologie	ca. 1.000 €

2015	Sonderausstellung 90 Jahre Ornithologischer Verein Dessau Mai – Oktober Sonderausstellung „Polregionen im Wandel“ (vorauss.) Mitte November 2015 – Juni 2016	Ausstellung in Kooperation mit dem Ornithologischen Verein zur Vogelkunde und Geschichte des Vereins Gemeinschafts-Ausstellung mit dem Umweltbundesamt, Abt. Antarktis, der Friedrich-Schiller-Universität Jena, the Komarov Botanical Institute the Russian (Academy of Sciences St. Petersburg) sowie dem Museum für Naturkunde und Vorgeschichte Museum für Naturkunde und Vorgeschichte Dessau Ausstellung wird in deutscher Sprache erarbeitet, die Zusammenfassungen jedoch in russischer Sprache zur späteren Präsentation der Ausstellung in Russland	ca. 1.000 € 5.400 € (Landesförderung: 10 %)
2017	200. Todestag Fürst Franz	Angedacht!!! Sachausstellung „Historische Obstsorten zu Zeiten Fürst Franz“ (unter Mitwirkung Landeshauptarchiv)	noch keine Angabe möglich
2017	Hunderausstellung	Angedacht!!! Gemeinsame Ausstellung mit dem Museum Schloss Bernburg zur Stammesgeschichte, Archäologie und Kulturgeschichte des Haushundes	ca. 4.000 €

Museum für Stadtgeschichte

Jahr	Thema	Kurzbeschreibung	Haushalt (städtischer Anteil)
2014	Ausstellung „Memory“ (Arbeitstitel) Eröffnung: 13.05.2014	Kunstgemeinschafts-Projekte mit dem Büro „Otto Koch“ Historische Stadtansichten werden wie in einem Memory-Spiel heutigen Ansichten zugeordnet	ca. 300 €
2015	Landesausstellung (Landeshauptarchiv) zum 100. Jahrestag Beginn 1. Weltkrieg „Heimat im Krieg – Krieg in der Heimat“ Eröffnung: November	In der Ausstellung zum Beginn des Ersten Weltkriegs wird die allgemein gehaltene Wanderausstellung inhaltlich in Bezug zu Dessau gesetzt.	1.200 €
2016			
2017	200. Todestag Fürst Franz	Neben dem Reformationsjubiläum 2017 soll aus Anlass seines 200. TT des aufgeklärten Fürsten Friedrich Franz von Anhalt-Dessau gedacht und sein Wirken gewürdigt werden. Leben und Werk von Fürst Franz haben dabei Potential für ein bundes- und europaweites Interesse. Die Stadt Dessau-Roßlau hat bislang noch keine konkreten Vorhaben geplant. Denkbar ist eine Sonderausstellung im Museum für Stadtgeschichte zum Regenten Franz oder auch zur Repräsentationskultur in seiner Amtszeit. Auch die Anhaltische Gemäldegalerie verfügt über einen zur Ergänzung geeigneten Ausstellungsbestand.	

Anhaltische Gemäldegalerie

Jahr	Thema	Kurzbeschreibung	Haushalt (städtischer Anteil)
2014	Klaus Hartmann „Der Vogel und das große Rad“ 29.03. – 18.05.2014	Veranstaltung des Anhaltischen Kunstvereins	keiner
	„Sammmlerglück“ Juni – Juli 2014	20 Jahre Neuerwerbungen der Anh. Gemäldegalerie (Teil 2) – Erwerbungen des Landes SA	3.750 €
	Geoffroy Gross Kunst aus der franz. Partnerregion August – September	Gemeinschaftsprojekt mit dem Anhaltischen Kunstverein	finanziert durch das Institut francais Sachsen-Anhalt
	Nancy Jahns Gegenwarts-kunst aus Halle Oktober – November	Veranstaltung des Anhaltischen Kunstvereins	keiner
	Erdmannsdorff-Ausstellung „Sammeln zum Lernen und Lehren. Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff in Rom“ Dezember – Januar 2015	Kooperation mit der Casa di Goethe (im September 2014 Eröffnung in der Casa di Goethe Rom) wichtige Hinweisfunktion auf Dessau-Roßlau - Vermarktung, Renommé	13.750 € (ohne Landesförderung) 2.625 € (mit Landesförderung)
2015	Landesausstellung „Lucas Cranach der Jüngere“	Sachstand und Konzept s. Vorlage IV/012/2014/I-41	
	Erhard Vogel Natur und Umwelt	Gemeinschaftsprojekt mit dem Museum für Naturkunde und Vorgeschichte	noch keine Angabe möglich
2016			
2017			

--	--	--	--

Ausstellungen Dritter

Jahr	Thema	Kurzbeschreibung	Haushalt (städtischer Anteil)
2016	90 Jahre Bauhaus Land der Moderne	2016 feiert Dessau das 90-jährige Bestehen des Bauhausgebäudes und wird Ausgangspunkt zahlreicher Aktivitäten sein Die Initiative „Triennale der Moderne“ beabsichtigt, ausgehend von den Welterbestätten in Berlin, Weimar und Dessau ein Netzwerk der Moderne aufzubauen und das Welterbe der Architekturmoderne bekannter zu machen.	
2017	500 Jahre Reformation	2017 finden die Aktivitäten der Lutherdekade ihren Höhepunkt im Jubiläum „500 Jahre Reformation“ Projekt „Kirchentag auf dem Weg“ in Anhalt-Dessau 36. Deutscher Evangelischer Kirchentag - Dessau Korrespondenzstandort - vom 25. bis 27.05.2017	
2018			
2019	100 Jahre Bauhaus	Eröffnung des Ausstellungs- und Besucherzentrums (Bauhausmuseum)	

4.4 Sonstige Informationen der Verwaltung

Frau **Wendeborn** beantwortet die von Herrn **Hartmann** im letzten Ausschuss gestellten Anfragen. Zum Stand der Abrissarbeiten der *Schule Mildensee* kann sie berich-

ten, dass es sich um ein Privatgrundstück handelt, der Abriss erfolgte und die Abrisskosten durch den Eigentümer übernommen wurden.

Zur weiteren Entwicklung des *Schulgeländes Schaftrift* bemerkt sie, dass das Amt für Zentrales Gebäudemanagement zuständig ist. Hier sollten 170 TEUR in den HH eingestellt werden, dies erfolgte jedoch nicht.

Die Baumaßnahme an der *GS Ziebigk* startete im März und alle erforderlichen Abstimmungen wurden getroffen, zur Fassadengestaltung wird der Gestaltungsbeirat wieder hinzugezogen.

Im Ergebnis der Beratung zum Stichwort „*Kompetenzzentren*“ BBS erfolgte am 23. Januar eine Beratung mit dem Beirat des Jobcenters, da hier alle Wirtschaftsverbände vertreten sind. Ein Ergebnis kann daraus noch nicht abgeleitet werden. Die Schwerpunkte aus der Schulentwicklungsplanung wurden benannt. Am 4. März fand im Kultusministerium eine Beratung statt zum Entwurf des Fachklassen-Erlasses und des SEP. Im Anschluss musste eine Verbundssitzung durchgeführt werden, weil zum 20. März Anträge über Bildungsgänge an das Kultusministerium gestellt werden mussten. Es war zu erkennen, dass kein Einvernehmen mit den Landkreisen ABI und Wittenberg hergestellt werden kann. Deshalb wurde die Entscheidung getroffen, **alle** Anträge zu stellen (bspw. Bildungsgänge Koch, Metallbauer). Dann wurde der Lenkungsausschuss Fachkräftesicherung darüber informiert. Dieser tagt mit den Landräten, Oberbürgermeistern, dem Direktor des Landesschulamtes, der Leiterin der Arbeitsagentur etc. Es wurde darum gebeten, dieses Anliegen dort zu beraten, um eine Empfehlung aus dem Lenkungsausschuss zu erhalten. Der Lenkungsausschuss gibt die Empfehlung an das Kultusministerium weiter.

Herr **Koschig** ergänzt, dass der Lenkungsausschuss heute getagt hat. Da Landrat Schulze im Urlaub ist, wurde darum gebeten, die Abstimmung der beiden Landräte und Oberbürgermeister auf die nächste Woche zu vertagen. Es gab große Zustimmung von Herrn Pirl, die Koch-Ausbildung in Dessau-Roßlau durchzuführen. Die IHK hat sich schriftlich mit einem Votum für die Mechaniker-Ausbildung in Dessau-Roßlau positioniert. Das Land hat kein Interesse BBS in unserer Region zu schließen. Die Spezialisierung der 3 Standorte ist das Ziel.

Frau **Wendeborn** berichtet, dass das Landesschulamt die Bestätigung für den eingereichten SEP geschickt hat. Der Kultusminister hat sich in einem Schreiben bei den beteiligten Gremien und den Bearbeitern bedankt.

Herr **Kuras** möchte noch auf nachfolgende Termine hinweisen:

- 29.03. Ausstellungseröffnung in der Orangerie, Klaus Hartmann
- 03.04. 110 Jahre Bibliothek in Roßlau
- 04.04. Brauart
- 12.04. Ostermarkt, Wasserburg Roßlau
- 29.04-04.05. Walpurgis und Mittelalterspektakel, Wasserburg Roßlau
- 20.04. Ostereiersuche im Tierpark
- 24.04. Welttag des Buches, VA Wissenschaftliche Bibliothek
- 27.04. Welttag des Tanzes, Marienkirche
- 26.04. Start Saison im Stadtpark
- 01.05. Maifeiern im Stadtpark und an der Ölmühle
- 03.05. Anhaltisches Zupforchester und Wiener Mandolinenorchester
Gemeinsames Konzert in der Marienkirche
- 12.05. VA der Architektenkammer und des Bauministerium
zur städtebaulichen Reparatur der Meisterhäuser in der Möwe/Berlin
- 15.05. VA der Kunststiftung im Bauhaus mit Künstler Olaf Nicolai
- 15.05. Jubiläumsfeier des UBA

Herr **Kuras** regt an, den Termin des Kulturausschusses am 15.05. wegen der zahlreichen Überschneidungen zu überdenken.

4.5 **Anfragen und Informationen der Stadträte und sachkundigen Einwohner**

Frau **Sanftenberg** möchte nähere Informationen zum Unterricht der Zugezogenen. Dies hatte Frau Wohlfahrt in ihrem Bericht im Stadtrat angekündigt. Herr **Koschig** antwortet, dass an der Friedensschule eine Klasse gebildet werden konnte. Er ist sehr froh darüber und hat bei den Landräten dafür geworben, Schüler aus den Nachbarkreisen zu entsenden. Frau **Wendeborn** korrigiert, dass es sich hierbei um eine Lerngruppe mit 12 Schülern handelt und für eine Klasse 15 Schüler benötigt werden.

Frau **Stöbe** bittet um die Unterstützung der Mitglieder des Ausschusses, die Bildung stärker zu betrachten, da in der Vergangenheit die Kultur mehr im Fokus stand. Es gab bisher 2 Berichte zum Projekt „Lernen vor Ort“. Die Maßnahme endet am 31.08.14 und sie hätte gern auch zu nachfolgenden Dingen einen abschließenden Bericht:

- Bildung eines Stiftungsverbundes
- es hat in der 2. Phase keine Bildungskonferenz stattgefunden
- wie ist die Transferphase von 5 Jahren inhaltlich untersetzt
- die Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung verlief nicht optimal
- was wird regional übernommen
- wie lief die Bildungsberatung

Frau **Stöbe** schlägt vor, ihre Fragen zu formulieren und Frau Wendeborn zu übergeben. Sie weist weiterhin darauf hin, dass in den Räumen von Lernen vor Ort eine fertige **Tafelausstellung** lagert, die schon mehrfach angefragt wurde, diese in den Fluren des Rathauses zu präsentieren. Vielleicht gibt es im Foyer die Möglichkeit der Aufstellung, um den Stadträten, die nicht im Kulturausschuss sind, die Ergebnisse der Arbeit zu zeigen. Auch das Logo, die Flyer und Plakate tauchen selten auf, obwohl Bildungslandschaft Dessau-Roßlau darauf steht. Hier sollte eine kritische Innenbetrachtung stattfinden. Es ist eine **demographische Erhebung** (Gutachten Demographie) gemacht worden, die fast fertig im Dezernat V und VI vorliegt. Durch die Wirtschaftsförderung wurde ein externes Gutachten beauftragt. Die Koordination hätte hier besser erfolgen können. Dazu bittet sie um Aussagen aus der Verwaltung über die Zusammenhänge. Es muss in diesem Ausschuss auch über die Bildungslandschaft und deren Entwicklung und nicht nur über Kultur- und Tourismuskonzepte gesprochen werden.

Herr **Otto** regt an, dieses Thema in seiner Ausführlichkeit in einer Sondersitzung zu beraten.

Frau **Wendeborn** erklärt, dass Herr Dr. Raschpichler beabsichtigt, einen Abschlussbericht im Kulturausschuss vorzustellen.

5 Beschlussfassungen

5.1 Maßnahmebeschluss für den Neubau einer Zweifeldsporthalle für den Schul-, Vereins- und Freizeitsport am Walter-Gropius-Gymnasium (Wiedervorlage vom 20.02.14) Vorlage: BV/308/2013/CDU

Frau **Wendeborn** berichtet, dass die Vorlage im Bauausschuss behandelt wurde. Es erging die Empfehlung an die Verwaltung, das Projekt auf den Weg zu bringen.

Herr **Otto** ergänzt, dass eine sehr interessante Studie für ein Turnhallenprojekt vorgestellt wurde. Herr Schönemann hat das Projekt zur weiteren Bearbeitung an das Schulverwaltungsamt verwiesen. Eine konkrete Aufgabenstellung erfolgte nicht. Für ihn ist es unstrittig, dass ein Gymnasium relativ schnell eine Turnhalle braucht, aber genauso unstrittig ist, dass die Stadt diese nicht allein finanzieren kann. Deshalb ist es seine Forderung, dass das Schulverwaltungsamt beim Land Fördermöglichkeiten recherchiert, um dann Aussagen zu treffen, wie alles im Haushalt eingeordnet werden kann. Unabhängig davon hat er angeregt, vorhandene Bausubstanzen nachhaltig zu nutzen. Er empfiehlt eine grobe Studie durch das Baudezernat anfertigen zu lassen, zur Prüfung der Umnutzungsmöglichkeit der Südschwimmhalle als Turnhalle. Der Baukörper ist nicht schlecht und der Weg zur Halle für die Schüler nur unwesentlich länger.

Frau **Wendeborn** erklärt, dass es vorgesehen ist, dass Projekt im Rahmen des Förderprogramms Stark III als Modellvorhaben anzumelden. Hier kommt es auf die energetische Sanierung an, weshalb die Kosten durch Innovationen höher liegen. Evtl. gibt es noch Fördermittel aus dem Bereich der Sportförderung, dort liegt die Förderquote allerdings niedriger. Beim Stark III liegt sie bei 70/30. Dies wird im Vorfeld geklärt.

Herr **Hartmann** fand die Präsentation des Vorhabens durch den Architekten, Herrn Mehlhase, der selbst an dieser Schule unterrichtet wurde, sehr beeindruckend. Diese Studie hätte anderweitig einige tausend EUR gekostet. Es wäre schön, wenn dieser Vorschlag umgesetzt werden könnte.

Herr **Otto** findet es nicht vorteilhaft, dass die Kursräume dann von der Schule zu weit abgelegen wären. Diese Räume sollten besser auf dem Schulgelände sein.

Frau Dr. **Tietz** fasst zusammen, dass die Beschlussvorlage zu Bearbeitung an das Schulverwaltungsamt verwiesen wird.

**5.2 Maßnahmebeschluss zur Ausstattung von Schulen mit moderner Medientechnik auf der Grundlage der Multimediarichtlinie des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Förderprogramms STARK III.
Vorlage: BV/046/2014/V-40**

Es gibt keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Die Ausstattungen zur Verbesserung der informationstechnischen Strukturen der Schulen lt. Anlage 2, auf Grundlage der Förderwürdigkeitszusagen des Landes Sachsen-Anhalt mit Gesamtkosten in Höhe von 425.500,00 €, werden beschlossen. Es erfolgt hierbei eine 75%ige Förderung mit Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt und des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung.

Abstimmungsergebnis: 7 : 0 : 0

**5.3 Neuausrichtung Stadtmarketing Dessau-Roßlau
"Qualifizierung der Organisationsstruktur innerhalb der Stadtverwaltung"
Vorlage: BV/025/2014/VI-80**

Herr **Hantusch** führt anhand der PP-Präsentation (analog der Beschlussvorlage) in das Thema ein. Abschließend stellt er fest, dass eine Umsetzung in entsprechender Qualität nur mit dem erforderlichen Personal und ausreichendem Budget realisierbar ist.

Herr **Puttkammer** verlässt um 18:00 Uhr die Sitzung.

Frau Dr. **Tietz** weist darauf hin, dass in der Sitzung des Wirtschaftsausschusses am 18.03.14 die Beschlussfassung geändert wurde und bei der heutigen Beschlussfassung berücksichtigt werden muss. Dazu verteilt Frau Schmidt an die Anwesenden ein neues Deckblatt. Herr **Mau** weist darauf hin, dass hier das Abstimmungsergebnis des Wirtschaftsausschusses falsch festgehalten wurde. Es gab zwei Gegenstimmen, so dass der Beschluss mit **5 : 2 : 1** gefasst wurde. Herr **Reinsdorf** hat in seinen Unterlagen ein anderes Abstimmungsverhalten notiert. Herr **Mau** widerspricht, da beide CDU-Ausschussmitglieder gegen die Vorlage stimmten (Herr Glathe/Herr Mau) und sich deutlich gegen das „Optimierte Amt“ aussprachen.

Frau **Dammann** ist der Meinung, dass bei so gutem qualifiziertem Personal kein externes Personal mehr benötigt wird. Herr **Hantusch** kennt niemand innerhalb der Stadtverwaltung, der so qualifiziert ist, dass er an entscheidender Stelle so ein von den Stadträten hochgestecktes Ziel relativ zeitnah umsetzen könnte. An bestimmten Stellen wird Verstärkung benötigt. Es kommt nur jemand in Frage, der schon führend im Stadtmarketing tätig war. Frau **Dammann** möchte wissen, ob Personal aus anderen Ämtern in dieses optimierte Amt integriert werden. Herr **Hantusch** erklärt, dass im optimierten Amt der gesamte Tourismus enthalten ist, eine Mitarbeiterin, die bisher im Stadtmarketing tätig ist sowie weitere Mitarbeiter mit entsprechender Qualifikation das Team ergänzen.

Herr **Hartmann** hebt hervor, wie wichtig das Stadtmarketing für unsere Stadt ist. Die Diskussionen dauerten ihm schon viel zu lange, bis die Grundlage geschaffen wurde. Er kann sich das optimierte Amt als Lösung vorstellen. Die Qualität und Bündelung der Arbeit ist ihm sehr wichtig. Das Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung kann dargestellt werden. Er wirbt intensiv dafür, so schnell wie möglich den Vorschlag des optimierten Amtes umzusetzen.

Herrn **Tonndorf** erscheint vieles Vorgeschlagene zu theoretisch. Er geht davon aus, dass keine zusätzlichen Gelder und Personal zur Verfügung stehen. Das Vorhandene muss so genutzt werden, dass eine effektive Arbeit möglich ist. Ihm fehlen die konkreten Untersetzungen, wer einzelne Aufgaben erfüllt.

Frau **Stöbe** möchte wissen, wer die Vertreter der Wirtschaft im Lenkungsgremium Stadtmarketing waren, das am 06.03.14 nichtöffentlich tagte und welcher Standpunkt zum optimierten Amt bezogen wurde. Herr **Hantusch** erwidert, dass bspw. Herr Thiel vom Rathauscenter, das Bauhaus, Herr Neumann, Frau Gröger, die Herren Baer und Herr Dr. Exner vertreten waren. Die Teilnehmer sprachen sich vorher für eine GmbH aus, waren aber einsichtig als festzustellen war, dass sich keine Firmen an der GmbH-Variante beteiligen wollten. Als ersten Schritt, bevor über Personal und Aufgabenzuschnitte gesprochen wird, muss die Organisationsform feststehen.

Frau **Dammann** unterstützt die Auffassung von Herrn Hartmann. Seit vielen Jahren wird beklagt und festgestellt durch Moderatoren, dass unsere Stadt schlecht vermarktet wird. Es wird höchste Zeit die positiven Dinge hervorzuheben.

Frau Dr. **Tietz** nennt als ersten Schritt, der Verwaltung den Auftrag zu erteilen, ein optimiertes Amt zu organisieren. Die existierenden Schwerpunkte aus Kultur- und Stadtmarketing müssen zusammengebracht werden. Ob das optimierte Amt die endgültige Lösung ist, scheint im Moment nicht vorhersehbar.

Herr **Otto** bittet bei den Einführungen zu Beschlussvorlagen, die vorher jeder gelesen haben sollte, sich auf das Wesentliche zu beschränken und sich kurz zu fassen. Bei beiden Organisationsformen hängt es davon ab, welches Personal zur Verfügung steht. Er ist ein Verfechter der „Innenlösung“, weil er weiß, dass sich eine GmbH sehr schnell verselbständigen kann. Er kann nicht damit leben, dass im Rahmen der Haushaltsdiskussion beschlossen werden soll, dem optimierten Amt ein festes Sachkostenbudget zuzuordnen, ohne es zu untersetzen.

Frau **Nußbeck** erinnert in dem Zusammenhang an die GemHaushaltsVO, die vorschreibt, dass genau beschrieben werden muss, wofür man etwas ausgibt. Budgets ohne dezidierte Angaben gibt es im Haushaltsrecht nicht.

Herr **Hantusch** hat das so auch nicht vorgesehen. Das optimierte Amt hat die klar definierte Aufgabe, ein Jahresprogramm zu schreiben und kostenmäßig zu quantifizieren.

Frau **Nußbeck** hat dazu in diesem HH keine Anmeldung und sieht die Realisierung erst im Jahr 2015. Herr **Hantusch** erwähnt die HH-Beratung im Wirtschaftsausschuss in der noch darüber beraten werden kann. Die Frage ist, was die Politiker wollen. Es ist Geld eingestellt, aber es gibt auch Dinge die begonnen werden müssen, wie bspw. die Aktualisierung und Verbesserung des Internetauftritts, das Corporate Identity muss auf den Weg gebracht werden, um Tempoverluste zu vermeiden. Herr **Otto** antwortet, dass die Angestellten mit einer richtigen Aufgabenstellung dies realisieren könnten. Herr **Reinsdorf** ergänzt, dass die Aufgaben konkret beschrieben sind. Die Personalplanung in 2014 richtet sich nach dem Bedarf, der sich an den Aufgaben orientiert. Das Budget für 2014 wird in der nächsten Woche diskutiert und ist das Sachkostenbudget für das Stadtmarketing in Höhe von 18 TEUR im Ansatz.

Frau **Nußbeck** bemerkt, dass ihr im Zusammenhang mit der Umsetzung dieser Beschlussvorlage keine Zahlen bekannt sind. Wenn in der HH-Beratung im Wirtschaftsausschuss darüber gesprochen werden soll, müsste es längst bei ihr vorliegen. Sie bittet um rechtzeitige Informationen, um es in den HH aufnehmen zu können. Herr **Hantusch** hat für den Wirtschaftsausschuss eine Tischvorlage vorbereitet, die zur Diskussion steht. Er möchte den hohen Erwartungen der Politik und Wirtschaft gerecht werden. Aber selbst, wenn Personal ausgeschrieben wird, ist es frühestens in einem halben Jahr soweit. Das heißt für ihn, dass in 2014 nicht sehr viel mehr Geld benötigt wird. Aber er möchte für 2015 die Strukturen schaffen, da dann die Bauhausjubiläen und weitere vermarktungsrelevante Höhepunkte vorbereitet werden müssen. Er braucht den Beirat auch für die Transparenz bei der Verwendung der Gelder.

Herr **Mau** vermisst die Sachgebietsleiterin für Tourismus, Frau Schulze, bei der heutigen Sitzung. Herr **Hantusch** hält ihre Anwesenheit nicht für erforderlich. Herr **Mau** hatte im letzten Wirtschaftsausschuss ausdrücklich danach gefragt, weil er einen echten Vergleich an Fakten haben möchte. In der letzten Woche fand in der IHK Halle eine Veranstaltung zum Stadtmarketing-Ost statt, bei der Frau Schulze teilnahm. Es wurden GmbH-Varianten vorgestellt, über die Frau Schulze hätte heute berichten können. Er möchte eine Information im Stadtrat zu den vorgestellten GmbH-Varianten. Für ihn ist das Stadtmarketing seit 2008 Priorität Nr. 1, das vorliegende Papier hätte in den letzten 5 Jahren schon erarbeitet werden können. Ein richtiger Vergleich mit GmbH-Strukturen fand nicht statt. Es gibt Varianten, die am Donnerstag in Halle vorgestellt wurden, die wie in Erfurt sehr erfolgreich arbeiten und satte Gewinne erzielen. Es gibt Modelle als Misch-GmbH, bei der die Stadt Mehrheitseigner ist oder die Stadtwerke Anteilseigner sind. Für ihn war die Herangehensweise, Unternehmen nur anzuschreiben, um sie zu einer Beteiligung zu bewegen, der falsche Weg. Er schlägt vor, persönliche Gespräche zu führen. Dass die Mitarbeiter der Verwaltung nicht in eine GmbH wechseln wollen, erklärt er sich damit, dass ihnen

Angst gemacht wurde. Man hätte das Modell der Dekita heranziehen können, bei dem die Mitarbeiter ebenfalls aus der Verwaltung ausgegliedert wurden. Der Prozess ist nicht umfänglich beleuchtet worden. Er und seine Fraktion der CDU werden diese Beschlussvorlage nicht mittragen. Die BV ist ein Schnellschuss und das optimierte Amt führt zur Aufblähung im Personalbereich. Er bietet an, die PP-Präsentation über die GmbH-Varianten zur Verfügung zu stellen und das Gespräch bspw. mit den Geschäftsführern in Köthen, Erfurt oder Leipzig zu suchen. Er würde es befürworten, wenn ein übertariflicher Mitarbeiter im Amt eingestellt wird, der alle Rechte und Freiheiten genießt, solch ein optimiertes Amt aufzustellen, um es dann in eine GmbH zu überführen.

Frau Dr. **Tietz** regt an, einen modifizierten Beschluss zum Pkt. 2 des Beschlussvorschlages herbeizuführen.

Herr **Hartmann** möchte bei dieser Vorlage nicht von einem Schnellschuss sprechen, für ihn war es eher ein Prozess, der viel zu lange gedauert hat und eine „schwere Geburt“ war. Das Ergebnis in der Vorlage kann ein Start sein. Er hat es im Wirtschaftsausschuss so verstanden, dass in diesem Jahr das optimierte Amt entwickelt werden soll. Parallel soll ein HH-Titel entstehen und nach Möglichkeit bestückt werden, um im Herbst mit dem neuen Amt zu starten. In 2015 werden die HH-Titel so gefüllt, dass daraus eine zielführende Arbeit stattfinden kann. Das Ausschreibungsprozedere für die personellen Angelegenheiten sieht er erst in 2015 abgeschlossen. Herr **Hantusch** korrigiert die Zusammenfassung hinsichtlich der Aussagen zum Haushalt entsprechend der Ausführungen von Frau Nußbeck. Der Prozess kann so gewählt werden, dass bspw. nach den Sommerferien im Beirat ein Jahresarbeitsprogramm für das optimierte Amt in Bezug auf das Stadtmarketing aufgestellt wird und die Kosten dafür abgestimmt werden. Das wird in den Fachausschuss zur HH-Beratung eingebracht und sollte auch in Form eines Budgets uneingeschränkt zur Verfügung stehen. Um schnell handeln zu können sind vor allem Freigabeanträge sehr hinderlich; die Arbeit soll ähnlich wie in der Privatwirtschaft möglich sein.

Herr **Otto** möchte zum Organigramm wissen, ob jedes Kästchen eine Personalstelle darstellt. Herr **Hantusch** antwortet, dass es bewusst nicht so gemacht wurde. Er möchte dem anschließenden Prozess nach der Beschlussfassung nicht vorgreifen. Für Herrn **Otto** stellt es sich so dar, dass es 7 Stellen und 3 Leiter gibt. Er hält die Vorlage für nicht ausgegoren. Das Aufgabenspektrum für die nächsten Jahre müsste mit enthalten sein. Er geht davon aus, dass es zu viele Stellen sind, da ja die Produkte von anderen entwickelt werden sollen. In Agenturen wird die Vermarktung durch 1 Person bewältigt. Er fragt sich, was die 1 vorhandene Stelle in der Verwaltung bisher getan hat, um diese Arbeit zu leisten.

Frau **Nußbeck** bemerkt, dass mit der Klarstellung zum Budget durch Herrn Hantusch ersichtlich ist, dass zuerst der Arbeitsplan erstellt, dann mit Finanzmitteln untersetzt und anschließend im HH angemeldet wird. Sie hat Probleme mit der Formulierung zum „externen Personal“, da noch keine Strukturen bekannt sind. Eine Aushebung von Gesetzen findet ebenfalls nicht statt, so dass bei einer vorläufigen HH-Führung nicht auf Freigabeanträge verzichtet werden kann. Abschließend bemerkt sie, dass sie die interne Lösung befürwortet, da im § 123 der Gemeindeordnung beschrieben ist, welche Nachweise für ein Outsourcing erbracht werden müssen. Die Form spielt eine untergeordnete Rolle, aber die finanziellen, personellen, steuerlichen Nachwei-

se müssen angetreten werden, dass diese die bessere Form ist. Beim Eigenbetrieb Dekita gelang es nur deshalb, weil 2 Stellen weniger benötigt werden, als in der Ämterlösung. Generell sind Ämterlösungen etwas behäbiger, wenn HH-Recht greift.

Herr **Otto** ist heute nicht bereit, der Vorlage zuzustimmen. Er hält es für eine Frage der Organisationshoheit und die hat klar der Oberbürgermeister.

Frau **Stöbe** stellt fest, dass der Kulturausschuss lediglich Empfehlungen ausspricht, aber kein beschließender Ausschuss ist.

Herr **Hantusch** möchte wissen, ob der Ausschuss dem Oberbürgermeister heute empfiehlt die Beschlussvorlage umzusetzen und diese nicht mehr im Hauptausschuss und Stadtrat behandelt werden muss.

Frau **Nußbeck** gibt Herrn Otto Recht, da es sich um eine Strukturentscheidung handelt. Wenn ein beschließender und ein beratender Ausschuss es mehrheitlich empfiehlt, muss die BV keine weiteren Ausschüsse und den Stadtrat passieren.

Herr **Tonndorf** beantragt die Einzelabstimmung, da er bspw. den Punkt 2 der Beschlussfassung nicht mittragen kann.

Beschlussvorschlag:

1. In Auswertung der Abwägun_gsanalyse bezüglich der Organisationsformen zur Neuausrichtung des Stadtmarketings wird das Modell „Optimiertes Amt“ für die weitere Umsetzung als erster Schritt bestätigt.

Abstimmungsergebnis: **6 : 1 : 1**

2. Die Verwaltung wird beauftragt, die notwendigen Schritte zur Reorganisation des Amtes für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Marketing auf der Grundlage eines Organisationsgutachtens umzusetzen. Dem „Optimierten Amt“ ist im Rahmen der Haushaltsberatung ein festes Sachbudget zur Verfügung zu stellen. Nach entsprechender Ausschreibung ist externes Personal dem „Optimierten Amt“ zu zuführen.

Abstimmungsergebnis: **4 : 2 : 2**

3. Zur Prozessbegleitung während der Reorganisation, der Schärfung der Zielstellung und Abstimmung der Maßnahmepläne sowie zur Evaluierung durchgeführter Vorhaben ist ein ständiges, beratendes Gremium „Stadtmarketing“ zu bilden.

Abstimmungsergebnis: **6 : 0 : 2**

5.4 Untersuchungen zur Etablierung eines Marathon-Events

Vorlage: BV/072/2014/BL/Gr

Frau Dr. **Tietz** und ihre Fraktion haben diese Vorlage auf den Weg gebracht, da Marathonläufe viele Verbindungen zwischen einzelnen Höhepunkten einer Stadt darstellen können. Die Idee wurde geboren, dass Dessau-Roßlau durch die Etablierung eines Marathon-Events mehr Aufmerksamkeit erhält.

Herr **Otto** hat den Vorschlag mit seiner Fraktion wohlwollend diskutiert. Dabei wurde festgestellt, dass die Anregung dazu 20 Jahre zu spät erfolgte, da es schon zu viele Läufe gibt.

Auch Herr **Koschig** hat bei einer kurzen Recherche eine große Termindichte für die Läufe (20) im September festgestellt.

Herr **Hirsch** findet die Idee sehr gut, die Thematisierung ist richtig, aber auch er muss feststellen, dass es 15-20 Jahre zu spät erfolgt. Es gibt 3 Gründe, die es aus seiner Sicht unmöglich machen:

1. Es gibt in Deutschland mit heutigem Stand 186 Marathonläufe. In Sachsen-Anhalt gibt es 7 Läufe, dazu kommt im September Berlin, als einer der größten Läufe der Welt und 40.000 Teilnehmern. Ein Marathon findet in Leipzig statt. Dies sind 9 Läufe in unmittelbarer Umgebung.
2. Die weniger etablierten Läufe in der Region haben geringe Teilnehmerzahlen. Der Goitzsche-Marathon wird seit 9 Jahren veranstaltet und hat 133 TN, der Chemnitz-Marathon hat 74 TN, Cuxhaven hat 82 TN, der Mitteldeutscher Marathon hat 194 TN.
3. Die Kosten für die Läufe sind hoch. Ein City-Lauf bspw. in Leipzig, seit 38 Jahren etabliert mit ca. 600 TN kostet 150 TEUR. Ein mittlerer Marathon in Frankfurt/Main 1,4 Mio. EUR.

Er organisiert seit 25 Jahren große Sport-Events und kann klar sagen, dass sich ein Marathon in Dessau-Roßlau nicht rechnet. Die Finanzierung wäre nicht darstellbar. Die Sponsoren in unserer Stadt wurden schon vor 2 Jahren zu diesem Thema von ihm kontaktiert, da es eine Anfrage dazu von Herrn Meister und Herrn Hantusch gab. Von den Sponsoren gibt es keinen, der die Höhe von 20-30 TEUR/je Sponsor aufbringen könnte. Es ist in seinem Amt nicht leistbar, tiefgründige Untersuchungen anzustellen. Er ist mit Waldemar Schirpinski befreundet, der selbst Marathonläufe veranstaltet und hat ihn dazu befragt. Die von Herrn Hirsch veranschlagten Kosten von 80 TEUR bspw. für einen Gartenreich-Lauf würden bei Weitem nicht ausreichen. Es müsste eine bundesweite Werbestrategie eingesetzt werden. Der personelle Aufwand wäre mit dem zum Sachsen-Anhalt-Tag vergleichbar. Leipzig braucht 500 Ehrenamtliche an der Strecke, die eine Aufwandsentschädigung von 35 €/je Helfer erhalten.

Die Idee, Läufer von Außerhalb zu bewegen, hier ein paar Tage zu verbringen und die Wirtschaft und den Tourismus „anzukurbeln“ würde nicht funktionieren, weil wir es nicht schaffen können. Es würden die Leute aus der eigenen Region an den Start gehen.

Frau Dr. **Tietz** bedauert diese Einschätzung und bittet um die Abstimmung.

Beschlussvorschlag:

Die Stadt Dessau-Roßlau prüft, in der Stadt und deren Umfeld einen Marathonlauf zu veranstalten.

Um die nötigen Voraussetzungen, Anforderungen und möglichen Risiken einer Umsetzung abschätzen zu können, wird die Stadtverwaltung beauftragt, Untersuchungen zur Durchführung eines entsprechenden Sportevents durchzuführen. Dabei sollen insbesondere folgende Punkte betrachtet werden:

- Generelle Möglichkeiten der Durchführung eines Marathonlaufs im Gartenreich bzw. Biosphärenreservat
- Kostenabschätzungen
- Potentiale für die Region bzw. deren touristische Vermarktung einschließlich Ermittlung möglicher Fördergelder
- Möglichkeiten der Stadtverwaltung, eine entsprechende Veranstaltung verantwortlich durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 1 : 6 : 0

5.5 Ernennung Beiratsmitglied vom Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport für das ganzheitliche Tourismuskonzept des Oberzentrums Dessau-Roßlau in der Tourismusregion Anhalt-Dessau-Wittenberg

An Frau Dr. Tietz sind keine weiteren Vorschläge ergangen.

Beschlussvorschlag:

Herr Hartmann wird als Beiratsmitglied für das ganzheitliche Tourismuskonzept bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 6 : 0 : 0

7 Schließung der Sitzung

Frau Dr. Tietz schließt um 19:50 Uhr die Sitzung.

Dessau-Roßlau, 20.05.14

Dr. Gabriele Tietz

Vorsitzender Ausschuss für Kultur, Bildung und Sport

Schriftführer